Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates am Montag, den 26.08.2019 um 14:30 Uhr Sitzungssaal der Wasgauhalle, Ebene 1

Gesetzliche Mitgliederanzahl	45
Anwesend sind	45

Und zwar

Vorsitzende/r

Herr Markus Zwick

Beigeordnete

Herr Denis Clauer

Herr Michael Maas

Mitglieder

Herr Jürgen Bachert

Herr Florian Bilic

Herr Tapani Braun

Frau Edeltraut Buser-Hussong

Herr Dieter Clauer

Herr Maurice Croissant

Herr Wolfgang Deny

Herr Dr. Florian Dreifus

Frau Ulla Eder

Herr Frank Eschrich

Frau Stefanie Eyrisch

Frau Katja Faroß-Göller

Frau Brigitte Freihold

Herr Frank Fremgen

Herr Jürgen Hartmann

Herr Gerhard Hussong

Frau Heidi Kiefer

Florian Kircher

Herr Hartmut Kling

Frau Helga Knerr

Frau Susanne Krekeler

Frau Brigitte Linse

Frau Gabriele Mangold

Herr Dr. Bernhard Matheis

Herr Jürgen Meier

Herr Ralf Müller

Frau Uschi Riehmer

Herr Philipp Scheidel

Frau Sabine Schunk

Herr Bernd Schwarz

Herr Stefan Sefrin

Herr Tobias Semmet

Frau Annette Sheriff

Frau Claudia Sofsky

Herr Berthold Stegner

Herr Jürgen Stilgenbauer

Herr Sebastian Tilly

Herr Manfred Vogel

Herr Ferdinand L. Weber

Herr Erich Weiß

Herr Bastian Welker

Herr Steven Wink

Herr Heinrich Wölfling

Frau Regina Zipf

Protokollführung

Frau Anne Vieth

Frau Stephanie Clauer

Herr Robin Juretic

von der Verwaltung

Frau Stefanie Huber

Frau Annette Legleitner

Herr Oliver Minakaran

Herr Bernhard Kaduk

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Ratsmitglied Sheriff bittet, den Tagesordnungspunkt 13.1 "Anträge der Fraktionen – Antrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE- PARTEI vom 13.08.2019 bzgl. Schottergärten" und den Tagesordnungspunkt 13.2 "Anträge der Fraktionen – Antrag der Stadtratsfraktion SPD vom 16.08.2019 bzgl. "Klimaschutz" zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 2 "Modellhafte Zukunftskommunen für eine nachhaltige Entwicklung" zu behandeln.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die gemeinsame Beratung unter TOP 2.

Weitere Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

- 1. Einwohnerfragestunde (ab 17.00 Uhr)
- 2. Modellhafte Zukunftskommunen für eine nachhaltige Entwicklung
- 3. Sachstandsbericht zum Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz
- 4. Bericht Entwicklung ehem. Fuller-Areal
- 5. Zustimmung zur Aufhebung eines Geschäftsbereichs sowie zur Bildung und Übertragung von Geschäftsbereichen auf die Beigeordneten gemäß § 50 Abs. 4 GemO
- 6. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung
- 7. Beschwerde zum Bundesverfassungsgericht gegen das Landesfinanzausgleichsgesetz
- 8. Vereinbarung zur Erweiterung des bisherigen Psychiatriebeirates und Umwandlung als kommunale Arbeitsgemeinschaft "Psychiatrie- und Teilhabebeirat"
- 9. Wahlen
 - 9.1. Wahl der Aufsichtsräte
 - 9.1.1. Personenidentität in Aufsichtsräten
 - 9.1.2. Bildung der Aufsichtsräte Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (SEP), Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH, Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH, Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH
 - 9.1.3. Bildung der Aufsichtsräte der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH und der Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches

- Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ)
- 9.1.4. Bildung des Aufsichtsrates der Bauhilfe Pirmasens GmbH
- 9.1.5. Bildung der Aufsichtsräte der Rheinberger Besitzgesellschafts mbH & Co. KG und der Rheinberger Verwaltungs GmbH Pirmasens
- 9.1.6. Aufsichtsrat der Landeplatz GmbH
- 9.2. Wahl der Ausschüsse
- 9.2.1. Wahl des Werkausschusses des Eigenbetriebs "Wirtschafts- und Servicebetrieb der Stadt Pirmasens (WSP)"
- 9.2.2. Bildung des Ausschusses für Landwirtschaft, Grünflächen und Friedhofswesen
- 9.2.3. Bildung des Kulturausschusses
- 9.2.4. Personenidentität im Sportausschuss und Sportstättenbeirat
- 9.2.5. Bildung des Sportausschusses
- 9.2.6. Bildung des Sportstättenbeirates
- 9.2.7. Bildung des Ausschusses für Umwelt und Abfallwirtschaft
- 9.2.8. Bildung des Verkehrsausschusses
- 9.2.9. Bildung des Rechnungsprüfungsausschusses
- 9.2.10. Bildung des Stadtrechtsausschusses / Rechtsausschuss des Jobcenters
- 9.3. Wahl der sonstigen Beiräte und Versammlungen
- 9.3.1. Bildung Psychiatrie- und Teilhabebeirat
- 9.3.2. Verbandsversammlung Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz (ZAS)
- 9.3.3. Verbandsversammlung Zweckverband Verkehrsverbund Rhein Neckar (ZRN)
- 9.3.4. Vorschlagslisten für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Sozialgericht Speyer und am Landessozialgericht Rheinland-Pfalz
- 9.3.5. Regionalvertretung Planungsgemeinschaft Westpfalz
- 9.3.6. Wahl der Patientenfürsprecherin / des Patientenfürsprechers
- 9.3.7. Verleihungspräsidium Hugo-Ball-Preis
- 10. Bereitstellung von überplanmäßigen Ausgaben
 - 10.1. Erneuerung Klimaanlage Feuerwache Pirmasens
- 11. Feststellung von Kostenvoranschlägen
 - 11.1. Objekt E12 Feuerwache Pirmasens Erneuerung Klimaanlage Neufeststellung des Kostenvoranschlag
- 12. Auftragsvergaben
 - 12.1. Objekt E12 Feuerwache Pirmasens Erneuerung Klimaanlage
 - 12.2. Modulbau Kita Windsberg
- 13. Anträge der Fraktionen
 - 13.1. Antrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI vom 13.08.2019 bzgl. "Schottergärten verbieten und Anreizprogramm für insektenfreundliche Gartengestaltung"
 - 13.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 16.08.2019 bzgl. "Klimaschutz"
 - 13.3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 16.08.2019 bzgl. "stationäre Gastronomie im Strecktalpark"
 - 13.4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 16.08.2019 bzgl. "Änderungen zur Geschäftsordnung des Stadtrates"
- 14. Spendenannahme gem. § 94 Abs. 3 GemO

15.	eantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder		

zu 1 Einwohnerfragestunde (ab 17.00 Uhr)

Der <u>Vorsitzende</u> eröffnet die Einwohnerfragestunde um 17.00 Uhr und erklärt, Frau Leissing sei ihre Anfrage aus dem Stadtrat am 11.02.2019 schriftlich beantwortet worden.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob es mündliche Anfragen gebe.

 Karin Leissing betr.: Fotovoltaik Bauhilfe

Frau Leissing teilt mit, der Stromvertrag müsse dringend vereinfacht werden.

2. Karin Leissing betr.: Elektrosmog

Frau <u>Leissing</u> fragt an, wie weit ein Wechselrichter entfernt sein solle von der Mietwohnung um von keinem Elektrosmog betroffen zu sein.

 Karin Leissing <u>Waldfriedhof</u>

Frau <u>Lessing</u> berichtet, auf dem Waldfriedhof habe es Wagen für Utensilien gegeben jedoch seien dies nicht mehr vorhanden. Nach einer Nachfrage bei dem zuständigen Garten- und Friedhofsamt habe sie die Aussage erhalten, die Wagen seien zu teuer und müssten immer wieder eingesammelt werden. Ihrer Meinung nach seien genug Mitarbeiter vorhanden um diese Wagen einzusammeln.

Nachdem weder schriftliche noch mündliche Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde um 17.01 Uhr.

zu 2 Modellhafte Zukunftskommunen für eine nachhaltige Entwicklung

Bürgermeister <u>Maas</u> stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) und einer Tischvorlage die Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutzmaßnahmen der Stadt Pirmasens vor.

Bürgermeister <u>Maas</u> teilt mit, gute Lösungsansätze seien erarbeitet worden. Herr Heck habe eine Roadshow organisiert. Diese stelle er anschließend vor.

Herr <u>Heck</u> stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 2 zur Niederschrift) die Roadshow vor. 27 Städte seien ausgewählt worden. Die Stadt Pirmasens sei ebenfalls vorgeschlagen worden, jedoch nicht gewählt worden, mit der Begründung, dass Pirmasens in Sachen Nachhaltigkeit schon gut aufgestellt sei.

Der <u>Vorsitzende</u> teilt mit, in der Stadt Pirmasens sei bereits vieles erreicht worden, jedoch sei hier nicht Schluss sondern es solle noch mehr erreicht werden. Diese Maßnahmen seien ebenfalls mit Einsparungen verbunden.

zu 3 Sachstandsbericht zum Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz

Der <u>Vorsitzende</u> berichtet, auch der Kreistag habe sich heute mit dem Thema befasst. Es solle eine größtmögliche Transparenz geschaffen werden.

Herr <u>Klinkhammer</u> stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 3 zur Niederschrift) den Sachstandsbericht zum Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz vor.

Der <u>Vorsitzende</u> teilt mit, alle wesentlichen Fragen seien geklärt. Er betont, die hohen Standards bei den Abgaswerten würden unabhängig der für die Zukunft gewählten Varianten weitergelten.

Ratsmitglied Sheriff fragt an, ob im Grundbuch alle Abgasgrenzwerte erfasst seien.

Herr Klinkhammer erklärt, es seien Garantiewerte.

Ratsmitglied <u>Hussong</u> teilt mit, die drei Vertreter der Stadt in der ZAS-Verbandsversammlung könnten ihre Stimmen nur einheitlich abgeben, weshalb Transparenz und Konsens im Rat sehr wichtig seien.

zu 4 Bericht Entwicklung ehem. Fuller-Areal

Der <u>Vorsitzende</u> teilt mit, Herr Schreiner sowie Herr Frederico seien da. Herr Frederico stelle sich und seine Pläne vor.

Herr <u>Frederico</u> führt aus, er stamme aus Kempfenbach und sei 1966 geboren. Des Weiteren habe er drei Kinder.

Er habe das Objekt erworben und wolle es behalten und nicht veräußern. Darüber hinaus wolle er die Hallen erhalten und diese vermarkten. Zurzeit gebe es mehrere Anfragen. Unter anderem sei die Firma Profine an einer Halle interessiert. Wichtig sei ihm eine vernünftige Aufteilung für die einzelnen Mieter.

Der <u>Vorsitzende</u> berichtet, die Stadt Pirmasens und Herr Frederico seien eng im Gespräch, somit könne die Stadt Pirmasens ebenfalls weitere Flächen vermitteln. Auf dem Fuller-Areal könnten somit auch weitere Arbeitsplätze in Pirmasens entstehen.

Seitens des Stadtrates gibt es keine Fragen an Herrn Frederico.

zu 5 Zustimmung zur Aufhebung eines Geschäftsbereichs sowie zur Bildung und Übertragung von Geschäftsbereichen auf die Beigeordneten gemäß § 50 Abs. 4 GemO

Vorlage: 0785/I/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 11.07.2019.

Ratsmitglied <u>Schwarz</u> teilt mit, in der Begründung sei im Absatz 2 ein Widerspruch, da die Übertragung der Geschäftsbereiche nicht mit der Amtszeit der Beigeordneten gekoppelt sei. Er bittet um die Streichung der letzten zwei Sätze im Absatz 2 der Begründung.

Der <u>Vorsitzende</u> teilt mit, die zitierte Passage stehe lediglich in der Begründung der Beschlussvorlage und sei nicht Gegenstand des Beschlusstextes.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

- 1. Für die 18. Wahlperiode wird von der Wahl eines ehrenamtlichen Beigeordneten abgesehen.
- 2. Der Neubildung und Übertragung der Geschäftsbereiche auf die Beigeordneten, wie in der Anlage (siehe Anlage 4 zur Niederschrift) zur Beschlussvorlage dargestellt, wird gemäß § 50 Abs. 4 letzter Satz GemO zugestimmt. Die Änderung der Geschäftsbereiche soll zum 01.September 2019 erfolgen.

zu 6 Satzung zur Änderung der Hauptsatzung Vorlage: 0767/I/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 12.06.2019.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat beschließt die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung (siehe Anlage 5 zur Niederschrift).

zu 7 Beschwerde zum Bundesverfassungsgericht gegen das Landesfinanzausgleichsgesetz Vorlage: 0818/I/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 14.08.2019.

Ratsmitglied <u>Sofsky</u> fragt an, wie hoch die Summe sei, wenn die Stadt Pirmasens gewinnen würde

Der <u>Vorsitzende</u> teilt mit, eine genaue Summe könne nicht genannt werden, da einerseits noch offene Rechtsfragen zu klären seien und auch die Leistungsfähigkeit des Landes hierbei eine Rolle spiele.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

- 1. Der Stadtrat stimmt der Erhebung einer Kommunalverfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht gegen das Landesfinanzausgleichsgesetz 2014 in Gestalt des Änderungsgesetzes 2018 zu.
- 2. Die Stadt beauftragt die Kanzlei Cornelius/Bartenbach/Haesemann mit der Vorbereitung und Durchführung des Verfahrens

zu 8 Vereinbarung zur Erweiterung des bisherigen Psychiatriebeirates und Umwandlung als kommunale Arbeitsgemeinschaft "Psychiatrie- und Teilhabebeirat"

Der <u>Vorsitzende</u> bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Psychiatrie-Koordinators vom 21.08.2019.

Der <u>Vorsitzende</u> teilt mit, die Erweiterung diene den Belange von behinderten und psychisch kranken Menschen. Herr Kaduk stehe mit dem Behindertenbeauftragten in Kontakt und es gebe eine Empfehlung aus dem Psychiatriebeirat. Die Stadt Zweibrücken habe bereits der Erweiterung zugestimmt. Der Personenkreis des bisherigen Psychiatriebeirates solle erweitert werden.

Ratsmitglied <u>Eschrich</u> schildert, die Stadtratsfraktion-DIE LINKE habe 2007 einen Antrag bezüglich eines Kommunalen Beirates gestellt. Seine Fraktion begrüße einen gemeinsamen Beirat mit dem Landkreis und Zweibrücken. Laut dem Vereinbarungsentwurf gehöre dem Beirat unter anderem ein Vertreter der Betroffenen. Jedoch gebe es verschiedene Behinderungen mit verschiedenen Nachteilen, deshalb sollen mehrere Betroffene mit einbezogen werden.

Herr <u>Kaduk</u> erklärt, der Beirat solle arbeitsfähig sein, deshalb sollen nicht zu viele Personen beteiligt sein. Er weist auf die Untergruppen die dann ihre Empfehlungen an den Beirat aussprechen.

Ratsmitglied <u>Hussong</u> gibt zu bedenken, die Entscheidungen würden jedoch nur im Beirat getroffen. Zum Beispiel solle die Barrierefreiheit in einem gesonderten Beirat beschlossen werden.

Er bittet um häufigere Berichte im Stadtrat um zu sehen, ob sich diese kommunale Arbeitsgemeinschaft bewähre.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Dem Abschluss der beigefügten Vereinbarung zur Umwandlung des bisherigen Psychiatriebeirates und der gleichzeitigen Bildung einer "Arbeitsgemeinschaft" mit dem Landkreis Südwestpfalz, der Stadt Zweibrücken und der Stadt Pirmasens (Siehe Anlage 6 zur Niederschrift) wird zugestimmt.

zu 9 Wahlen

Der <u>Vorsitzende</u> bittet bei diesem Thema einen Grundsatzbeschluss zu fassen, offen über alle Wahlvorschläge abzustimmen.

Er weist noch einmal darauf hin, dass in der Ausschussbesetzung das Verhältnis zwischen Ratsmitgliedern und sonstigen wählbaren Bürger/innen gewahrt sein solle, hierbei sollten mindestens die Hälfte der Mitglieder Ratsmitglieder sein.

Weiterhin sei in der vergangenen Wahlperiode eine Regelung bezüglich der Stellvertretung von Ratsmitgliedern in allen gemeindlichen Ausschüssen gefasst worden, nach welcher die Ratsmitglieder, wie im Hauptausschuss auch, keine persönlichen Stellvertreter haben, sondern alle Fraktionsmitglieder in der Reihenfolge des Wahlergebnisses als Stellvertreter eingesetzt werden könnten.

Für sonstige wählbare Bürger müssten jedoch weiterhin persönliche Stellvertreter gewählt werden.

Diese Regelung gelte lediglich für die gemeindlichen Ausschüsse, für die Aufsichtsräte müssten weiterhin persönliche Stellvertreter gewählt werden.

Der Stadtrat beschließt <u>einstimmig</u>, über alle Wahlvorschläge offen abzustimmen und die vom Vorsitzenden vorgeschlagene Regelung bezüglich der Stellvertretung von Ratsmitgliedern in gemeindlichen Ausschüssen festzulegen.

zu 9.1 Wahl der Aufsichtsräte

zu 9.1.1 Personenidentität in Aufsichtsräten Vorlage: 0770/l/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 12.06.2019.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat beschließt Personenidentität zwischen den vom Stadtrat zu wählenden Aufsichtsratsmitgliedern der Gesellschaften:

Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (SEP) Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH und Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH

Nachrichtlich:

- 1. Nach § 10 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ) besteht der Aufsichtsrat personenidentisch aus den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH. Insofern ist ein entsprechender Beschluss des Stadtrates in diesem Fall nicht erforderlich.
- 2. Nach den Gesellschaftsverträgen der "Der Rheinberger" Besitzgesellschaft mbH & Co. KG und der "Der Rheinberger" Verwaltungs GmbH haben die entsprechenden Gesellschafter bei Ausübung des Entsenderechtes zu beachten, dass nur die gleichen Personen in beide Aufsichtsräte entsandt werden dürfen. Insofern ist ein entsprechender Beschluss des Stadtrates in diesem Fall nicht erforderlich.
- zu 9.1.2 Bildung der Aufsichtsräte Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (SEP), Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH, Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH, Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH Vorlage: 0771/l/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 12.06.2019 und erklärt, 12 Mitglieder seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 3, CDU 4, AfD 1, FDP 0, Bündnis 90/Die GRÜNEN 1, FWB 1, DIE LINKE-PARTEI 1

Über einen weiteren Sitz sei im Los zu entscheiden zwischen der AfD- und FDP-Stadtratsfraktion.

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, AfD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FWB, DIE LINKE-PARTEI

Für die Aufsichtsräte Stadtentwicklung Pirmasens GmbH (SEP), Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH, Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH und Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH wird / werden

seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

RatsmitgliedStellvertreterSebastian TillyBernd SchwarzGerhard HussongWolfgang DenyGabriele MangoldHeidi Kiefer

seitens der CDU-Stadtratsfraktion als

RatsmitgliedStellvertreterKatja Faroß-GöllerErich WeißSusanne KrekelerHeinrich WölflingDr. Florian DreifusBrigitte LinseDieter ClauerTobias Semmet

seitens der AfD-Stadtratsfraktion als

sonstiger wählbarer BürgerStellvertreterinWolfgang MaußRegina Zipf

seitens der FDP-Stadtratsfraktion als

<u>sonstiger wählbarer Bürger</u>
Matthias Brinkmann

<u>Stellvertreterin</u>
Brigitte Freihold

seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN als

Ratsmitglied Stellvertreter/in
Jürgen Bachert Manfred Vogel

seitens der FWB-Stadtratsfraktion als

sonstiger wählbarer Bürger Jochen Weber Stellvertreter Jochen Knerr

seitens der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI als

Ratsmitglied Frank Eschrich Stellvertreterin Brigitte Freihold

vorgeschlagen.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 11 Stimmen = 3 Sitze

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 15 Stimmen = 4 Sitze

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

(Ergebnisausdruck siehe Anlage 7 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 3, CDU 4, AfD 1, FDP 1, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 1, FWB 1, DIE LINKE-PARTEI 1

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen jeweils als Mitglieder bzw. Stellvertreter in die Aufsichtsräte Stadtentwicklung Pirmasens GmbH, Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH, Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH und Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 9.1.3 Bildung der Aufsichtsräte der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH und der Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ)
Vorlage: 0772/I/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 12.06.2019 und erklärt, es seien 9 Mitglieder zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 2, CDU 3, AfD 1, FDP 0, Bündnis 90/Die GRÜNEN 1, FWB 1, DIE LINKE-PARTEI 1

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, AfD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FWB, DIE LINKE-PARTEI

Für den Aufsichtsrat der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH und den Aufsichtsrat der Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH (MVZ) wird / werden

seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

RatsmitgliedStellvertreterFrank FremgenUschi RiehmerWolfgang DenyHeidi Kiefer

seitens der CDU-Stadtratsfraktion als

RatsmitgliedStellvertreterUlla EderPhilipp ScheidelBrigitte LinseDieter ClauerStefanie EyrischSteven Wink

seitens der AfD-Stadtratsfraktion als

Regina Zipf Stellvertreter Ferdinand L. Weber

seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN als

Ratsmitglied Stellvertreter
Annette Sheriff Manfred Vogel

seitens der FWB-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied Stellvertreter
Stefan Sefrin Stellvertreter
Jürgen Stilgenbauer

seitens der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI wird als

vorgeschlagen.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 11 Stimmen = 2 Sitze

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 18 Stimmen = 3 Sitze

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

(Ergebnisausdruck siehe Anlage 8 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 2, CDU 3, AfD 1, FDP 0, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 1, FWB 1, DIE LINKE-PARTEI 1

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Aufsichtsrat der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH und den Aufsichtsrat der Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 9.1.4 Bildung des Aufsichtsrates der Bauhilfe Pirmasens GmbH Vorlage: 0773/l/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 12.06.2019 und erklärt, 7 Mitglieder seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 2, CDU 3, AfD 1, FDP 0, Bündnis 90/Die GRÜNEN 0, FWB 0, DIE LINKE-PARTEI 0

Über einen weiteren Sitz ist im Los zu entscheiden zwischen der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der FWB-Stadtratsfraktion und der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI.

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, AfD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FWB, DIE LINKE-PARTEI

Für den Aufsichtsrat der Bauhilfe Pirmasens GmbH wird / werden

seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

RatsmitgliedStellvertreterSebastian TillyFrank FremgenEdeltraud Buser-HussongBastian Welker

seitens der CDU-Stadtratsfraktion als

RatsmitgliedStellvertreterTapani BraunRalf MüllerBerthold StegnerDr. Florian DreifusStefanie EyrischBrigitte Linse

seitens der AfD-Stadtratsfraktion als

Sonstiger wählbarer BürgerStellvertreterinHans JungRegina Zipf

seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN als

Ratsmitglied Stellvertreter
Annette Sheriff Manfred Vogel

vorgeschlagen.

Die FDP- Stadtratsfraktion, die Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI und die FWB-Stadtratsfraktion geben keinen Wahlvorschlag ab.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 11 Stimmen = 2 Sitze Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 16 Stimmen = 3 Sitze Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 8 Stimmen = 1 Sitze (Ergebnisausdruck siehe Anlage 9 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 2, CDU 3, AfD 1, FDP 0, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 1, FWB 0, DIE LINKE-PARTEI 0

Er wählt die Vorgeschlagenen als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Aufsichtsrat der Bauhilfe GmbH

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 9.1.5 Bildung der Aufsichtsräte der Rheinberger Besitzgesellschafts mbH & Co. KG und der Rheinberger Verwaltungs GmbH Pirmasens Vorlage: 0774/l/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitglieder mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 12.06.2019 und erklärt, 12 Mitglieder seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 3, CDU 4, AfD 1, FDP 0, Bündnis 90/Die GRÜNEN 1, FWB 1, DIE LINKE-PARTEI 1

Über einen weiteren Sitz ist im Los zu entscheiden zwischen der AfD-Stadtratsfraktion und der FDP-Stadtratsfraktion.

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, AfD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FWB, DIE LINKE-PARTEI

Für den Aufsichtsrat der "RHEINBERGER" Besitzgesellschaft mbH & Co KG und den Aufsichtsrat der "RHEINBERGER" Verwaltungs-GmbH wird / werden

seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied
Frank Fremgen
Gabriele Mangold
Bernd Schwarz

Stellvertreter
Gerhard Hussong
Heidi Kiefer
Wolfgang Deny

seitens der CDU-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied
Ralf Müller
Heinrich Wölfling
Florian Bilic
Tobias Semmet

Stellvertreter Erich Weiß Katja Faroß-Göller Stefanie Eyrisch Susanne Krekeler seitens der AfD-Stadtratsfraktion als

<u>Sonstiger wählbarer Bürger</u>
Heinz Hinkel

<u>Stellvertreterin</u>
Claudia Sofsky

Ratsmitglied Stellvertreterin
Ferdinand L. Weber Regina Zipf

Seiten der FDP-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied Stellvertreter
Hartmut Kling Steven Wink

seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN als

Ratsmitglied Stellvertreterin
Manfred Vogel Annette Sheriff

seitens der FWB-Stadtratsfraktion als

<u>sonstige wählbare Bürgerin</u>
Christine Mayer

<u>Stellvertreter</u>
Jochen Klöckner

<u>Ratsmitglied</u> <u>Stellvertreter</u>

Stefan Sefrin Jürgen Stilgenbauer

seitens der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI wird als

Ratsmitglied Stellvertreterin
Florian Kircher Brigitte Freihold

vorgeschlagen.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 11 Stimmen = 3 Sitze

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 15 Stimmen = 4 Sitze

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 26.08.2019

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

(Ergebnisausdruck siehe Anlage 10 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 3, CDU 4, AfD 1, FDP 1, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 1, FWB 1, DIE LINKE-PARTEI 1

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen (außer die Ratsmitglieder Weber, Zipf, Sefrin und Stilgenbauer) jeweils als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Aufsichtsrat der "RHEINBERGER" Besitzgesellschaft mbH & Co. KG sowie in den Aufsichtsrat der "RHEIBERGER" Verwaltungs-GmbH

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 9.1.6 Aufsichtsrat der Landeplatz GmbH Vorlage: 0789/l/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 24.07.2019 und erklärt, 1 Mitglied sei zu wählen.

Rechnerisch stünde der CDU der Sitz zu.

Bei nur einem Vorschlag werde mit Ja oder Nein abgestimmt, wobei der Vorgeschlagene gewählt ist, wenn mehr als die Hälfte der Stimmen der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder auf Ja lauten würden.

Für den Aufsichtsrat der Landesplatz GmbH wird neben dem Oberbürgermeister seitens der CDU Stadtratsfraktion als

als sonstiger wählbarer Bürger Hans Müller Stellvertreter Erich Weiß

vorgeschlagen.

Weiter Vorschläge werden nicht hervorgebracht.

Der Stadtrat wählt den Vorgeschlagenen als Mitglied bei <u>3 Enthaltungen, einstimmig</u> in den Aufsichtsrat der Landeplatz GmbH.

Der Stadtrat wählt den Vorgeschlagenen als Stellvertreter bei <u>14 Gegenstimmen, mehrheitlich</u> in den Aufsichtsrat der Landesplatz GmbH.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 9.2 Wahl der Ausschüsse

zu 9.2.1 Wahl des Werkausschusses des Eigenbetriebs "Wirtschafts- und Servicebetrieb der Stadt Pirmasens (WSP)"

Vorlage: 0795/I/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 24.07.2019.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Der Stadtrat wählt die folgenden Mitglieder in den Werkausschuss des Wirtschafts- und Servicebetriebes der Stadt Pirmasens (WSP):

Fremgen, Frank	(SPD)
Hussong, Gerhard	(SPD)
Kiefer, Heidi	(SPD)
Tilly, Sebastian	(SPD)
Eyrisch, Stefanie	(CDU)
Faroß-Göller, Katja	(CDU)
Krekeler, Susanne	(CDU)
Semmet, Tobias	(CDU)
Stegner, Berthold	(CDU)
Weiß, Erich	(CDU)
Sofsky, Claudia	(AfD)
Weber, Ferdinand L.	(AfD)
Kling, Hartmut	(FDP)

Sheriff, Annette (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Sefrin, Stefan (FWB)

Eschrich, Frank (DIE LINKE-PARTEI)

Die Stellvertretung wird von jeder Fraktion für ihre Ausschussmitglieder sichergestellt. Stellvertreter sind alle Fraktionsmitglieder – ausgenommen der Ausschussmitglieder selbst – in der Reihenfolge der Ergebnisliste der Kommunalwahl 26.05.2019.

2. Als Vertreter/in der Beschäftigten, die dem Werkausschuss des Wirtschafts- und Servicebetriebes der Stadt Pirmasens (WSP) hinzutreten sollen, wählt der Stadtrat auf Vorschlag des Personalrates folgende Mitarbeiter:

Ordentliche Mitglieder Stellvertreter

1.	Dunja Maurer	Oliver Dietrich
2.	Jens Owczarek	Klaus-Dieter Haag
3.	Martin Müller	Heiner Schaaf
4.	Mario Schmitt	Eugen Jäger
5.	Peter Schaaf	Sabine Stumpf
6.	Mathias Schneller	Kathrin Hutzler

Der Stadtrat beschließt einstimmig, hierüber offen abzustimmen.

Er wählt die Vorgeschlagenen zu Vertreter/innen der Beschäftigten bzw. deren Stellvertreter/innen, die dem Werkausschuss des WSP hinzutreten.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 9.2.2 Bildung des Ausschusses für Landwirtschaft, Grünflächen und Friedhofs-

wesen

Vorlage: 0790/I/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 24.07.2019 und teilt mit, 16 Mitglieder seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 4, CDU 6, AfD 2, FDP 1, Bündnis 90/Die GRÜNEN 1, FWB 1, DIE LINKE-PARTEI 1

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, AfD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FWB, DIE LINKE-PARTEI

Für den Ausschuss für Landwirtschaft, Grünflächen und Friedhofswesen werden

seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied Stellvertreter
Bernd Schwarz -

Sonstige wählbare BürgerStellvertreterElla WeberBärbel GöllnerKlaus-Peter BallbachDaniela ReiserPhilipp HütherManfred Menzel

seitens der CDU-Stadtratsfraktion werden als

Sonstige wählbare BürgerStellvertreterWalter KossinPeter ReschMichael SchwartzFrederic KrämerLukas EitelPeter Schaaf

Ratsmitglied
Katja Faroß-Göller
Tobias Semmet
Dieter Clauer

Stellvertreter
-

Seitens der AfD-Stadtratsfraktion werden als

Sonstige wählbare Bürger
Thomas Heil
Stellvertreter
Claudia Sofsky

Ratsmitglied Stellvertreter
Regina Zipf - Stellvertreter

Seitens der FDP-Stadtratsfraktion wird als

Sonstiger wählbarer Bürger
Herbert Stecher

Stellvertreter
Hartmut Kling

Seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird als

<u>Sonstiger wählbarer Bürger</u>
Mike Luba

<u>Stellvertreter</u>
Jürgen Bachert

Seitens der FWB-Stadtratsfraktion wird als

Sonstiger wählbarer Bürger
Philipp Stilgenbauer

Stellvertreterin
Ute Koch

Seitens der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI wird als

<u>sonstiger wählbarer Bürger</u>
Klaus-Uwe Scheibert

Stellvertreterin
Dagmar Heigl

vorgeschlagen.

Weiterhin werden als kooptierte Mitglieder ohne Stimmrecht

Herr Wolfdietrich Rasp, Lutherkirchengemeinde Herr Johannes Pioth, Pfarrei seliger Paul Josef Nardini

vorgeschlagen.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 11 Stimmen = 4 Sitze

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 16 Stimmen = 6 Sitze

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen = 2 Sitz

Der Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion erhält 2 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI erhält 3 Stimmen = 1 Sitz (Ergebnisausdruck siehe Anlage 11 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 4, CDU 6, AfD 2, FDP 1, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 1, FWB 1, DIE LINKE-PARTEI 1

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Ausschuss für Landwirtschaft, Grünflächen und Friedhofswesen. Die zur Kooption vorgeschlagenen Mitglieder werden einstimmig gewählt.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 9.2.3 Bildung des Kulturausschusses Vorlage: 0791/l/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitglieder mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 24.07.2019 und erklärt, 16 Mitglieder seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 4, CDU 6, AfD 2, FDP 1, Bündnis 90/Die GRÜNEN 1, FWB 1, DIE LINKE-PARTEI 1

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, AfD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FWB, DIE LINKE-PARTEI

Für den Kulturausschuss werden

seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied	Stellvertreter
Maurice Croissant	-
Edeltraud Buser-Hussong	-
Uschi Riehmer	-
Bastian Welker	-

Seitens der CDU-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglied	<u>Stellvertreter</u>
Dr. Bernhard Matheis	-
Katja Faroß-Göller	-
Florian Bilic	-
•	

Sonstige wählbare Bürger
Vilja Steckel
Stellvertreter
Helfried Steckel

Bernd Adler Gudrun Matheis Frederic Krämer Hans Müller

<u>Stellvertreter</u>

Seitens der AfD-Stadtratsfraktion werden als

Sonstige wählbare Bürger

Christian Wirth Ferdinand L. Weber Paul Schunk Claudia Sofsky

Seitens der FDP-Stadtratsfraktion wird als

Sonstiger wählbarer Bürger
Maximilian Grolo
Steven Wink

Seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird als

Sonstige wählbare Bürgerin
Monika Moreno
Stellvertreterin
Karin Schieler

Seitens der FWB-Stadtratsfraktion wird als

<u>Sonstiger wählbarer Bürger</u>
Gernot Gölter

<u>Stellvertreter</u>
Christiane Mayer

Seitens der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI wird als

<u>Sonstige wählbare Bürgerin</u>
Denise Müller

<u>Stellvertreter</u>
Brigitte Freihold

vorgeschlagen.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 11 Stimmen = 4 Sitze

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 16 Stimmen = 6 Sitze

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen = 2 Sitz

Der Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion erhält 2 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

(Ergebnisausdruck siehe Anlage 11 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 4, CDU 6, AfD 2, FDP 1, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 1, FWB 1, DIE LINKE-PARTEI 1

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Kulturausschuss.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 9.2.4 Personenidentität im Sportausschuss und Sportstättenbeirat Vorlage: 0829/I/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 24.07.2019.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat beschließt Personenidentität für die zu wählenden 6 Mitglieder des Sportstättenbeirates und für 6 Mitglieder des Sportausschusses (16 Mitglieder).

zu 9.2.5 Bildung des Sportausschusses Vorlage: 0792/I/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 24.07.2019 und erklärt, 16 Mitglieder seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 4, CDU 6, AfD 2, FDP 1, Bündnis 90/Die GRÜNEN 1, FWB 1, DIE LINKE-PARTEI 1

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, AfD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FWB, DIE LINKE-PARTEI

Für den Sportausschuss werden

seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied Stellvertreter
Gabriele Mangold Uschi Riehmer -

Sonstige wählbare Bürger
Gerd Geißinger
Stellvertreter
Philipp Hüther

Julia Fischer Mario Kohlhaas

Seitens der CDU-Stadtratsfraktion werden als

Ratsmitglied Stellvertreter
Philipp Scheidel -

Ralf Müller -

Sonstige wählbare BürgerStellvertreterTimo VölkerDieter DäuwelMatthias ReiserTobias WeidlerDenis JungPeter ReschMarc-Kevin SchafWalter Kossin

Seitens der AfD-Stadtratsfraktion werden als

<u>Sonstiger wählbarer Bürger</u>
Thomas Heil

<u>Stellvertreter</u>
Hans Jung

Ratsmitglied
Jürgen Meier
Stellvertreter
Christian Wirth

Seitens der FDP-Stadtratsfraktion wird als

<u>Ratsmitglied</u> <u>Stellvertreter</u>

Hartmut Kling -

Seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird als

<u>Ratsmitglied</u> <u>Stellvertreter</u>

Jürgen Bachert -

Seitens der FWB-Stadtratsfraktion wird als

Sonstiger wählbarer Bürger Stellvertreter

Jochen Knerr Alexander Felgner

Seitens der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI wird als

Sonstiger wählbarer Bürger Stellvertreter

Lothar Sandoz -

vorgeschlagen.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 11 Stimmen = 4 Sitze

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 16 Stimmen = 6 Sitze

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen = 2 Sitz

Der Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion erhält 2 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

(Ergebnisausdruck siehe Anlage 11 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 4, CDU 6, AfD 1, FDP 1, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 1, FWB 1, DIE LINKE-PARTEI 1

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Sportausschuss.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 9.2.6 Bildung des Sportstättenbeirates Vorlage: 0826/I/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 16.08.2019 und erklärt, 6 Mitglieder seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 2, CDU 3, AfD 1, FDP 0, Bündnis 90/Die GRÜNEN 0, FWB 0, DIE LINKE-PARTEI 0

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, AfD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FWB, DIE LINKE-PARTEI

Für den Sportstättenbeirat wird/werden

seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

<u>Ratsmitglieder</u> <u>Stellvertreter</u>

Gabriele Mangold -

<u>Sonstiger wählbarer Bürger</u>
Gerd Geißinger

<u>Stellvertreter</u>
Philipp Hüther

seitens der CDU-Stadtratsfraktion als

<u>Ratsmitglieder</u> <u>Stellvertreter</u>

Philipp Scheidel -

Sonstige wählbare BürgerStellvertreterDenis JungPeter ReschMarc-Kevin SchafWalter Kossin

seitens der AfD-Stadtratsfraktion wird als

Sonstiger wählbarer Bürger
Thomas Heil
Stellvertreter
Hans Jung

Seitens der FDP-Stadtratsfraktion wird als

<u>Ratsmitglieder</u> <u>Stellvertreter</u>

Hartmut Kling -

Seitens der FWB-Stadtratsfraktion wird als

Sonstiger wählbarer Bürger Stellvertreter

Lothar Greiner

Seitens der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI wird als

Sonstiger wählbarer Bürger Stellvertreter

Lothar Sandoz

vorgeschlagen.

Die Stadtratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN haben keinen Wahlvorschlag abgegeben.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 11 Stimmen = 2 Sitze

öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 26.08.2019

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 19 Stimmen = 3 Sitze

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion erhält 2 Stimmen = 0 Sitze

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 0 Stimmen = 0 Sitze

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 3 Stimmen = 0 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI erhält 3 Stimmen = 0 Sitz

(Ergebnisausdruck siehe Anlage 12 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 2, CDU 3, AfD 1, FDP 0, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 0, FWB 0, DIE LINKE-PARTEI 0

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Sportstättenbeirat.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 9.2.7 Bildung des Ausschusses für Umwelt und Abfallwirtschaft Vorlage: 0793/l/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 24.07.2019 und erklärt, 16 Mitglieder seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 4, CDU 6, AfD 2, FDP 1, Bündnis 90/Die GRÜNEN 1, FWB 1, DIE LINKE-PARTEI 1

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, AfD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FWB, DIE LINKE-PARTEI

Für den Ausschuss für Umwelt und Abfallwirtschaft werden

seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied
Bernd Schwarz
Gabriele Mangold
Stellvertreter
-

Sonstige wählbare BürgerStellvertreterManuel WeberSarah MontinoGiuseppe DiBenedettoPhilipp Hüther

Seitens der CDU-Stadtratsfraktion werden als

<u>Ratsmitglied</u> <u>Stellvertreter</u>

Tapani Braun -

Dieter Clauer - Dr. Florian Dreifus -

Sonstige wählbare BürgerStellvertreterFrederic KrämerAxel RothhaarJulia FrickeTobias WeidlerMichael BöhmerChristian Wiechers

Seitens der AfD-Stadtratsfraktion werden als

Sonstiger wählbarer BürgerStellvertreterinThomas HeilRegina Zipf

Ratsmitglied Stellvertreter

Jürgen Meier -

Seitens der FDP-Stadtratsfraktion wird als

Ratsmitglied Stellvertreter

Hartmut Kling -

Seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird als

Ratsmitglied Stellvertreter

Jürgen Bachert - Stellvertreter

Seitens der FWB-Stadtratsfraktion wird als

<u>Ratsmitglied</u> <u>Stellvertreter</u>

Lothar Greiner Wolfgang Hendrichs

Seitens der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI wird als

<u>sonstiger wählbarer Bürger</u>
Christopher Frech

<u>Stellvertreter</u>
Florian Kircher

vorgeschlagen.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 11 Stimmen = 4 Sitze

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 16 Stimmen = 6 Sitze

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen = 2 Sitz

Der Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion erhält 2 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

(Ergebnisausdruck siehe Anlage 11 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 4, CDU 6, AfD 2, FDP 1, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 1, FWB 1, DIE LINKE-PARTEI 1

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Ausschuss für Umwelt und Abfallwirtschaft.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 9.2.8 Bildung des Verkehrsausschusses Vorlage: 0794/I/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 12.06.2019 und erklärt, 16 Mitglieder seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 4, CDU 6, AfD 2, FDP 1, Bündnis 90/Die GRÜNEN 1, FWB 1, DIE LINKE-PARTEI 1

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, AfD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FWB, DIE LINKE-PARTEI

Für den Verkehrsausschuss werden

seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied Stellvertreter
Wolfgang Deny Bastian Welker -

Sonstige wählbare Bürger

Klaus-Peter Ballbach Dustin Müller Stellvertreter

Giuseppe DiBenedetto Christiano Mendolia

Seitens der CDU-Stadtratsfraktion werden als

<u>Ratsmitglied</u> <u>Stellvertreter</u>

Tobias Semmet Katja Faroß-Göller Ralf Müller -

sonstige wählbare Bürger
Time Väller

Timo VölkerTobias WeidlerMichelle JetzschmannDieter DäuwelMartin Zepp-LinsePatric Schwab

Seitens der AfD-Stadtratsfraktion werden als

<u>Ratsmitglied</u> <u>Stellvertreter</u>

Regina Zipf -

Jürgen Meier Thomas Heil

Seitens der FDP-Stadtratsfraktion wird als

Ratsmitglied Stellvertreter

Steven Wink -

Seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird als

Ratsmitglied Stellvertreter

Manfred Vogel -

Seitens der FWB-Stadtratsfraktion wird als

Sonstiger wählbarer Bürger Stellvertreter
Franz Jakob Unnold Günter Weber

Seitens der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI wird als

Ratsmitglied Stellvertreter

Florian Kircher -

vorgeschlagen.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 11 Stimmen = 4 Sitze

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 16 Stimmen = 6 Sitze

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen = 2 Sitz

Der Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion erhält 2 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

(Ergebnisausdruck siehe Anlage 11 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 4, CDU 6, AfD 2, FDP 1, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 1, FWB 1, DIE LINKE-PARTEI 1

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Verkehrsausschuss.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 9.2.9 Bildung des Rechnungsprüfungsausschusses Vorlage: 0797/l/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 25.07.2019 und erklärt, damit alle Fraktionen in dem Rechnungsprüfungsausschuss vertreten sein könnten, schlage die Verwaltung vor, die Mitgliederzahl von bisher 7 auf 16 zu erhöhen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Anzahl der Mitglieder im Rechnungsprüfungsausschuss wird auf 16 festgelegt.

Der Vorsitzende führt fort, unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimmte mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 4, CDU 6, AfD 2, FDP 1, Bündnis 90/Die GRÜNEN 1, FWB 1, DIE LINKE-PARTEI 1

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, AfD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FWB, DIE LINKE-**PARTEI**

Für den Rechnungsprüfungsausschuss werden / wird

seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied Stellvertreter Bernd Schwarz Heidi Kiefer Gabriele Mangold

<u>Stellvertreter</u> sonstiger wählbarer Bürger

Dustin Müller Klaus-Peter Ballbach

seitens der CDU-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied Stellvertreter

Tapani Braun

Dieter Clauer Heinrich Wölfling Florian Bilic

sonstige wählbare Bürger Stellvertreter **Tobias Weidler** Michael Böhmer Martin Oden **Christian Wiechers**

seitens der AfD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied <u>Stellvertreter</u>

Ferdinand L. Weber

Stellvertreter sonstiger wählbarer Bürger Paul Schunk Jürgen Meier

seitens der FDP-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied Stellvertreter Steven Wink

seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen als

Ratsmitglied Stellvertreter Jürgen Bachert

seitens der FWB-Stadtratsfraktion als

sonstiger wählbarer Bürger

Jochen Weber

Stellvertreter
Karl Christian Geistlich

seitens der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI als

Ratsmitglied Florian Kirchner Stellvertreter

vorgeschlagen.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 11 Stimmen = 4 Sitze

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 16 Stimmen = 6 Sitze

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen = 2 Sitz

Der Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion erhält 2 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

(Ergebnisausdruck siehe Anlage 11 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 4, CDU 6, AfD 2, FDP 1, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 1, FWB 1, DIE LINKE-PARTEI 1

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen zu Mitgliedern bzw. Stellvertretern in den Rechnungsprüfungsausschuss.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 9.2.10 Bildung des Stadtrechtsausschusses / Rechtsausschuss des Jobcenters Vorlage: 0799/l/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 12.06.2019 und erklärt, 16 Mitglieder seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimmte mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 4, CDU 6, AfD 2, FDP 1, Bündnis 90/Die GRÜNEN 1, FWB 1, DIE LINKE-PARTEI 1

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, AfD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FWB, DIE LINKE-PARTEI

Für den Stadtrechtsausschuss und den Rechtsausschuss des Jobcenters werden / wird

seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

sonstige wählbare Bürger Daniela Reiser Gerd Geißinger Ella Weber Ilse Hinsch

seitens der CDU-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglieder
Susanne Krekeler
Ulla Eder
Brigitte Linse
Florian Bilic

sonstige wählbare Bürger Peter Resch Dieter Däuwel

seitens der AfD-Stadtratsfraktion als

sonstige wählbare Bürger Paul Schunk Sabine Schunk

seitens der FDP-Stadtratsfraktion als

Sonstige wählbare Bürgerin Christine Kling

Seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN als

sonstige wählbare Bürgerin Monika Moreno

seitens der FWB-Stadtratsfraktion als

sonstiger wählbarer Bürger Wolfgang Hendrichs

seitens der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI als

Ratsmitglied

Frank Eschrich

vorgeschlagen.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 11 Stimmen = 3 Sitze

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 16 Stimmen = 4 Sitze

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion erhält 2 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

(Ergebnisausdruck siehe Anlage 18 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 4, CDU 6, AfD 2, FDP 1, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 1, FWB 1, DIE LINKE-PARTEI 1

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen als Mitglieder in den Stadtrechtsausschuss und Rechtsausschuss des Jobcenters.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 9.3 Wahl der sonstigen Beiräte und Versammlungen

zu 9.3.1 Bildung Psychiatrie- und Teilhabebeirat Vorlage: 0835/l/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 20.08.2019 und erklärt, es sei ein Mitglied zu wählen, welches neben dem Sozialdezernenten Mitglied im Beirat werde. Dieser Sitz stehe rechnerisch der CDU-Stadtratsfraktion zu.

Für den Psychiatrie- und Teilhabebeirat wird neben dem Sozialdezernenten seitens der CDU - Fraktion als

sonstige wählbare Bürgerin

Julia Fricke

vorgeschlagen.

Weitere Wahlvorschläge werden nicht hervorgebracht.

Der Stadtrat beschließt, hierüber offen abzustimmen.

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagene einstimmig als Mitglied in den Psychiatrie- und Teilhabebeirat.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 9.3.2 Verbandsversammlung Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz (ZAS)

Vorlage: 0824/I/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 16.08.2019. Er teilt mit, die Stadt sei neben dem Oberbürgermeister mit 2 Mitgliedern.

Für die Verbandsversammlung Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz wird

seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied Sebastian Tilly Stellvertreter Gerhard Hussong

seitens der CDU-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied Stellvertreter
Erich Weiß Stellvertreter
Dr. Florian Dreifus

vorgeschlagen.

Er wählt die Vorgeschlagenen bei <u>2 Enthaltungen, einstimmig</u> als Vertreter der Stadt Pirmasens in die Verbandsversammlung Zweckverband Abfallverwertung (ZAS).

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 9.3.3 Verbandsversammlung Zweckverband Verkehrsverbund Rhein – Neckar

(ZRN)

Vorlage: 0827/I/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 16.08.2019 und erklärt, neben dem Oberbürgermeister solle dem Zweckverband ein weiterer Vertreter der Stadt dem Zweckverband angehören.

Rechnerisch stehe dieser Sitz der CDU-Stadtratsfraktion zu.

Werde nur ein Wahlvorschlag gemacht, so könne mit Ja oder Nein abgestimmt werden.

Er bittet um Vorschläge der Fraktionen.

Für die Verbandsversammlung Zweckverband Verkehrsverbund Rhein – Neckar wird als weiterer Vertreter

seitens der CDU-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied

Erich Weiß

vorgeschlagen.

Ein weiterer Vorschlag wird nicht gemacht.

Der Stadtrat wählt den Vorgeschlagenen <u>einstimmig</u> als Vertreter der Stadt in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein – Neckar.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 9.3.4 Vorschlagslisten für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Sozialgericht Speyer und am Landessozialgericht Rheinland-Pfalz Vorlage: 0784/I/30/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitglieder mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Rechtsamtes vom 11.07.2019 und teilt mit, die Amtszeit der ehrenamtlichen Richter beim Landessozialgericht Rheinland-Pfalz und beim Sozialgericht Speyer liefen zum 31.12.2019 aus.

Daher sei die Stadtverwaltung aufgefordert worden, für das Sozialgericht Speyer zwei Wahlvorschläge und für das Landessozialgericht einen Wahlvorschlag zu unterbreiten.

Rechnerisch hätte die CDU-Stadtratsfraktion und die SPD-Stadtratsfraktion das Vorschlagsrecht.

Er bittet die Wahlvorschläge abzugeben.

Seitens der SPD-Stadtratsfraktion wird für das Sozialgericht Speyer

Frau Brigitte Frank

seitens der CDU-Stadtratsfraktion wird für das Sozialgericht Speyer

Frau Stefanie Eyrisch

vorgeschlagen.

Seitens der CDU-Stadtratsfraktion wird für das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz

Frau Katja Faroß-Göller

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, hierüber als gemeinsamen Wahlvorschlag abzustimmen.

Er beschließt <u>einstimmig</u> die Vorgeschlagenen in die Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richter beim Sozialgericht Speyer und beim Landessozialgericht Rheinland – Pfalz aufzunehmen.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 9.3.5 Regionalvertretung Planungsgemeinschaft Westpfalz Vorlage: 0825/I/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 16.08.2019 und informiert, es seien 3 Vertreter zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimmte mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 1, CDU 1, AfD 1, FDP 0, Bündnis 90/Die GRÜNEN 0, FWB 0, DIE LINKE-PARTEI 0

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, AfD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FWB, DIE LINKE-PARTEI

Für die Regionalvertretung Planungsgemeinschaft Westpfalz wird

seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied Wolfgang Deny

Stellvertreter Heidi Kiefer

seitens der CDU-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied
Philipp Scheidel
Tobias Semmet

Stellvertreter Florian Bilic Heinrich Wölfling

seitens der AfD-Stadtratsfraktion als

Sonstiger wählbarer Bürger Paul Schunk

Stellvertreter Ferdinand L. Weber

vorgeschlagen.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 11 Stimmen = 1 Sitze

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 24 Stimmen = 2 Sitze

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen = 0 Sitz

(Ergebnisausdruck siehe Anlage 19 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 1, CDU 2, AfD 0, FDP 0, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 0, FWB 0, DIE LINKE-PARTEI 0

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen (außer Herrn Paul Schunk und Ratsmitglied Weber) als Vertreter bzw. Stellvertreter der Stadt Pirmasens in die Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Westpfalz.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 9.3.6 Wahl der Patientenfürsprecherin / des Patientenfürsprechers Vorlage: 0828/I/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitglieder mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 16.08.2019 und erklärt, es sei ein/e Patientenfürsprecher/in zu wählen.

Derzeit seien Frau Julia Fricke als Patientenfürsprecherin und Frau Heidi Kiefer als Stellvertreterin bestellt.

Beide hätten sich bereiterklärt, für eine weitere Amtszeit zu kandidieren, weshalb er beide zur Wiederwahl vorschlage.

Sofern nur ein Wahlvorschlag gemacht werde, könne hier mit Ja oder Nein abgestimmt werden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Vorgeschlagenen werden vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrates der Städt. Krankenhaus gGmbH und des Pfalzklinikums als Patientenfürsprecherin bzw. stellvertreten-

de Patientenfürsprecherin für das städtische Krankenhaus und die Tagesklinik und Institutsambulanz für Kinder –und Jugendpsychiatrie des Pfalzinstituts gewählt.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 9.3.7 Verleihungspräsidium Hugo-Ball-Preis Vorlage: 0830/l/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitglieder mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 16.08.2019 und teilt mit, das Verleihungspräsidium bestehe unter anderem aus je einem Vertreter der im Stadtrat vertretenen Fraktionen.

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, AfD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FWB, DIE LINKE-PARTEI

Für das Verleihungspräsidium Hugo-Ball-Preis wird / werden

seitens der SPD-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied
Uschi Riehmer

seitens der CDU- Stadtratsfraktion als

sonstige wählbare Bürgerin Nortrud Hummel

seitens der AfD-Stadtratsfraktion als

sonstiger wählbarer Bürger Heinz Hinkel

seitens der FDP-Stadtratsfraktion als

sonstiger wählbarer Bürger
Dr. Rudolf Zimmer

seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN als

Ratsmitglied
Jürgen Bachert

seitens der FWB-Stadtratsfraktion als

Ratsmitglied Helga Knerr

seitens der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI als

sonstiger wählbarer Bürger

Niklas Wilde

vorgeschlagen.

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen <u>einstimmig</u> als Mitglieder in das Verleihungspräsidium des Hugo-Ball-Preises.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nehmen die Ratsmitglieder ihre Wahl in die verschiedenen Gremien an.

zu 10 Bereitstellung von überplanmäßigen Ausgaben

zu 10.1 Erneuerung Klimaanlage Feuerwache Pirmasens - Bereitstellung von überplanmäßigen Ausgaben Vorlage: 0822/III/20/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 15.08.2019.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Betrag von 21.000,- € für die Erneuerung der Klimaanlage in der Feuerwache wird überplanmäßig bei Inv.-Nr. 1261000004 "Erneuerung Klimaanlage Feuerwache" bereitgestellt.

Finanzierung:

Einsparungen bei Inv. Nr. 2160000002 Realschule plus; Sanierung Alleestr. 22/24 21.000 € (Im Jahr 2019 stehen noch rd. 350.000 € Restmittel zur Verfügung. Aufgrund des verzögerten Baufortschrittes bei der Sanierung der Realschule plus, Alleestr. 22 -24 im Rahmen der Schulrochade können 21.000 € zur Deckung verwendet werden)

zu 11 Feststellung von Kostenvoranschlägen

zu 11.1 Objekt E12 Feuerwache Pirmasens - Erneuerung Klimaanlage - Neufeststellung des Kostenvoranschlags
Bezug: Beschluss des KVA Erneuerung Klimaanlage vom 23.05.2019
Vorlage: 0819/III/69/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 14.08.2019.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der vom Stadtvorstand genehmigte Kostenvoranschlag per Eilentscheid vom 23.05.2019 in Höhe von 140.000 € wird um 21.000 € erhöht und auf 161.000 € neu festgestellt.

zu 12 Auftragsvergaben

zu 12.1 Objekt E12 Feuerwache Pirmasens - Erneuerung Klimaanlage

- Auftragsvergabe Los 08.2 Raumlufttechnische Anlagen

Bezug: Beschluss des KVA Erneuerung Klimaanlage vom 23.05.2019 (BV-Nr.0819/III/69/2019)

Beschlussvorlage zur Neufeststellung des Kostenvoranschlags in gleicher Sitzung

Vorlage: 0788/III/69/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 15.08.2019.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Auftrag zur Ausführung der Erneuerung der Raumlufttechnischen Anlagen an dem o.a. Objekt wird an den mindestfordernden Bieter, die Firma B&L Klimatechnik GmbH, Comotorstraße 23A in 66802 Überherrn-Altforweiler zum Angebotspreis von 109.190,64 € vergeben.

zu 12.2 102 Modulbau Kita Windsberg

- Los 02.1 Modulbau - Auftragsvergabe -

Vorlage: 0832/III/65.2/2019

Der <u>Vorsitzende</u> bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hochbauamtes vom 26.08.2019.

Der <u>Vorsitzende</u> teilt mit, ein neues Kita-Gesetz gebe es vom Land. Jedoch fehle die Landesverordnung wodurch noch viel unklar sei. Des Weiteren werden neue Konzepte für die Mittagsverpflegung geben. Die sei eine große Herausforderung, da Personal sieben Stunden täglich für die Mittagessensausgabe benötigt wird.

Das Land gebe einen Zuschuss für die Küchen in Höhe von 5.000,00€ pro Kita. Die Umsetzung des Gesetzes sei von den Kommunen selbst zu zahlen. Somit sei ein neues Konzept für alle Kindertagesstätten notwendig.

Ratsmitglied <u>Eyrisch</u> spricht ein Dank an die Chorgemeinschaft Windsberg aus, da diese großes auf sich genommen haben und ihre Räumlichkeiten der Kindertagesstätte Windsberg zur Verfügung gestellt haben.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Auftrag für die Lieferung und Errichtung eines temporären Kindergarten-Gebäudes in Modulbauweise, in Windsberg, Römerstraße 7, wird an die Firma KB Container GmbH, Steinäcker 1, in 96132 Schlüsselfeld, mit der Auftragssumme in Höhe von **647.955,00 EUR** brutto vergeben.

Der Auftrag umfasst die Produktion, die Lieferung und den Aufbau der eigentlichen Containeranlage, incl. spezifischer Planungsleistungen und teilweisem Innenausbau.

Die Vorbereitung des Grundstücks, die notwendigen Gründungs-, Erschließungs- und Versorgungmaßnahmen sowie einzelne nutzungsspezifische Installationen, sind nicht Bestandteil dieses Auftrages.

Der Durchführung der Maßnahme in der dargelegten Form wird zugestimmt.

Verrechnung: 3651000014 "Container Kita Windsberg"

zu 13 Anträge der Fraktionen

zu 13.1 Antrag der Stadtratsfraktion "DIE LINKE-PARTEI" vom 13.08.2019 bzgl. "Schottergärten verbieten und Anreizprogramm für insektenfreundliche Gartengestaltung"

Anmerkung der Protokollführung: Die Tagesordnungspunkte 13.1 + 13.2 wurden zusammen mit TOP 2 (Modellhafte Zukunftskommune für eine nachhaltige Entwicklung) behandelt.

Ratsmitglied Eschrich stellt den Antrag gemäß dem Antragstext vor.

Der <u>Vorsitzende</u> erinnert an den Vorschlag von DIE PARTEI im Bundestagswahlkampf, Pirmasens unter Beton zu begraben.

Ratsmitglied Kircher distanziert sich von dieser Aussage.

Bürgermeister <u>Maas</u> erklärt, in neueren Bebauungsplänen der Stadt gebe es bereits textliche Festsetzungen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen. Als konkretes Beispiel nennt er die textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans "Rehbock". Er erklärt, die Biodiversität sei ein großes Thema bei städtischen Flächen. Für interessierte Bürger bestehe die Möglichkeit, sich vom Garten- und Friedhofsamt bei der Gestaltung von privaten Gärten beraten zu lassen.

Der <u>Vorsitzende</u> erläutert, Gebote sollen verstärkt werden und es müsse ein größeres Bewusstsein für dieses Thema geschaffen werden. Dies sei besser als Verbote auszusprechen.

Ratsmitglied <u>Eschrich</u> bemängelt, bisherige textliche Festsetzungen hätten nicht dazu geführt, dass Steingärten verhindert werden konnten.

Bürgermeister <u>Maas</u> schlägt vor, die Verwaltung könne dem Rat Formulierungsvorschläge für textliche Festsetzungen unterbreiten, die zukünftig bei der Aufstellung von Bebauungsplänen berücksichtigt werden sollen.

Ratsmitglied <u>Eyrisch</u> teilt mit, die CDU-Fraktion könne dem Antrag so nicht zustimmen. Die Stadt müsse als Beratungsorgan fungieren. Sie befürwortet den Vorschlag, dem Rat mögliche Formulierungen von textlichen Festsetzungen zu unterbreiten.

Ratsmitglied <u>Tilly</u> spricht sich grundsätzlich für den Antrag der Fraktion "DIE LINKE-PARTEI" aus. Er erklärt, insbesondere in Städten bestehe diese Problematik. Die größte Fläche im Stadtgebiet sei jedoch unbeplanter Innenbereich. Dies hätte zur Folge, dass eine Steuerung über textliche Festsetzungen nicht ausreiche.

Der Vorsitzende fast zusammen, die mit den Schottergärten einhergehenden Probleme würden vom Rat fraktiosübergreifend gesehen, keine Einigkeit bestehe darüber, ob ein Verbot das richtige Mittel sei

Ratsmitglied <u>Eschrich</u> schlägt vor, der Antrag solle zunächst in den Hauptausschuss verwiesen werden. Dort könne dann über die von Seiten der Verwaltung möglichen Formulierungsvorschläge beraten werden. Sofern die Formulierungsvorschläge derart Zustimmung fänden, könnte der Antrag als erledigt erklärt werden.

Der Vorsitzende leitet sodann zur Abstimmung über.

Der Stadtrat verweist den Antrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI <u>einstimmig</u> in den Hauptausschuss.

zu 13.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 16.08.2019 bzgl. "Klimaschutz"

Ratsmitglied <u>Tilly</u> stellt den Antrag gemäß dem Antragstext vor.

Er erklärt, Ziffer 1 des Antrages habe sich durch die Erläuterungen von Bürgermeister Maas zum Tagesordnungspunkt bereits erledigt.

Der <u>Vorsitzende</u> erläutert, die Stadt Pirmasens setze die Themen Klimawandel und Umweltschutz bereits aktiv um. Ein Notstand herrsche jedoch nicht. Deshalb werde der Ausruf eines Klimanotstandes entschieden abgelehnt.

Ratsmitglied <u>Eyrisch</u> stellt klar, es herrsche kein Klimanotstand. Sie führt aus, die Stadt Pirmasens sei bei diesem Thema breit aufgestellt und sehr aktiv. Ihrer Meinung nach sei der Antrag und insbesondere dessen Formulierung reiner Populismus.

Ratsmitglied <u>Kircher</u> merkt an, es werde sich sehr an der Formulierung Notstand aufgehangen. Das Thema Klimawandel müsse auf sachlicher Ebene diskutiert werden. Seiner Meinung nach wäre ein Klimaweckruf die passendere Formulierung.

Ratsmitglied <u>Weber</u> führt aus, es sei wichtig etwas für die Umwelt zu tun. Aber der Ausruf eines Klimanotstandes sei populistisch. Insoweit schließt er sich der Meinung von Ratsmitglied Eyrisch an. Er erklärt, der Begriff Notstand sei im Grundgesetz klar definiert und so ein Notstand herrsche in Pirmasens nicht.

Bürgermeister <u>Maas</u> stellt anhand einer Präsentation (Anlage 20 zur Niederschrift) verschiedene Maßnahmen vor, die die Stadt in Bezug zum Klimawandel und Umweltschutz bereits umgesetzt hat und derzeit noch umsetzt. Außerdem gibt er einen kurzen Ausblick über geplante Maßnahmen der Stadt.

Ratsmitglied <u>Freihold</u> erläutert, der Titel des Antrages stelle wohl das Problem dar. Sie schlägt vor, die Überschrift des Antrages zu "Climate Emergency" zu ändern. Sie stellt einen Änderungsantrag, unter Punkt 3 des SPD-Antrages solle ergänzt werden: "Die Klimamaßnahmen müssen sozialverträglich sein".

Ratsmitglied <u>Hussong</u> erklärt, es sei damit kein Notstand im verfassungsrechtlichen Sinne gemeint. Er resümiert, die mit dem Antrag geforderte Berichterstattung von Seiten der Verwaltung sei erfolgt. Trotz allem müsse das Thema Klimaschutz bei zukünftigen Projekten verstärkt berücksichtigt werden.

Ratsmitglied Sheriff plädiert dafür, keinen Klimanotstand auszurufen, da kein Notstand herrsche.

Ratsmitglied <u>Tilly</u> führt zur Äußerung von Ratsmitglied Sheriff aus, es bestehe Streitpotenzial bei dem Begriff "Klimanotstand". Allerdings hätten CDU und Grüne in Landau genau diesen Klimanotstand ausgerufen.

Zur Äußerung von Ratsmitglied Freihold merkt Ratsmitglied <u>Tilly</u> an, er sei bereit die Überschrift des Antrages zu "Climate Emergency" zu ändern. Seiner Auffassung nach seien sich die Ratsmitglieder inhaltlich einig.

Ratsmitglied <u>Eschrich</u> bestätigt, inhaltlich sei der Antrag wohl für alle Ratsmitglieder tragbar. Er wiederholt, es müsse mehr gemacht werden, um den Klimawandel aufzuhalten.

Der <u>Vorsitzende</u> erklärt, auch mit der englischen Version "Climate Emergency" sei er nicht einverstanden. Der Antrag sei überflüssig, da in Pirmasens schon alles gemacht werde.

Der Stadtrat lehnt den Änderungsantrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI bei 14 Ja-Stimmen, mehrheitlich ab.

Ratsmitglied <u>Stegner</u> erläutert, es gebe nur wenige Themen, auf welche die Stadt nicht stolz sein könne. Im Vergleich mit anderen Städten sei Pirmasens eindeutig Vorreiter in Sachen Umweltschutz und Klimawandel. Es sei geradezu paradox, wenn ausgerechnet die Stadt Pirmasens den Klimanotstand ausrufen würde.

Ratsmitglied <u>Bachert</u> ergänzt, im Koalitionsvertrag seien 20 Maßnahmen zum Klimaschutz festgeschrieben. Es sei notwendig etwas zu tun. Lediglich einen Klimanotstand auszurufen sei nicht zielführend.

Ratsmitglied <u>Freihold</u> erklärt, grundsätzlich sei der Ausruf des Klimanotstandes eine bundesweite Kampagne und habe deshalb symbolischen Charakter. Ihrer Meinung nach würde es keine falschen Signale senden, sich an dieser bundesweiten Kampagne zu beteiligen.

Ratsmitglied <u>Dreifus</u> merkt an, konkrete Maßnahmen, wie von Bürgermeister Maas vorgestellt, seien notwendig. Ideelle Kampagnen würden nicht helfen.

Der Vorsitzende leitet sodann zur Abstimmung über.

Der Stadtrat lehnt den Antrag der Stadtratsfraktionen SPD und DIE LINKE-PARTEI bei <u>14 Ja-Stimmen, mehrheitlich</u> ab.

zu 13.3 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 16.08.2019 bzgl. "stationäre Gastronomie im Strecktalpark"

Ratsmitglied Tilly stellt den Antrag gemäß dem Antragstext vor.

Beigeordneter <u>Clauer</u> erklärt, bereits mehrere Anläufe seien gescheitert.

Das Ludwig-Mobil sei zwar einsatzfähig, allerdings scheitere es derzeit am Personal. In der kommenden Woche werden noch Personalgespräche geführt, sodass der Ludwig in naher Zukunft hoffentlich wieder eingesetzt werden könne.

Ratsmitglied <u>Eyrisch</u> teilt mit, der Antrag habe ihr Interesse sehr geweckt, da der Antrag im Kontext mit einem Antrag der CDU-Stadtratsfraktion bzgl. der Gastronomie im Innenstadtgebiet stehe. Bei der Gastronomie im Strecktal habe die CDU-Stadtratsfraktion jedoch Zweifel. Zum einen werde mit einem 6-stelligen Betrag für die Baukosten gerechnet. Zum anderen seien die Öffnungszeiten des Gastronomiebetriebs an die Öffnungszeiten des Strecktalparks gebunden, was Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit des Betriebes hätte.

Ratsmitglied <u>Eyrisch</u> schlägt als Alternative vor, es solle geprüft werden, ob ein Gastronomiebetrieb im Rheinbergergebäude angesiedelt werden könne. Außerdem solle die Reaktivierung des Ludwigs weiter verfolgt werden.

Sie erklärt, die CDU-Stadtratsfraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Ratsmitglied <u>Weber</u> führt aus, dass die AfD-Stadtratsfraktion dem Antrag positiv gegenüber stehe. Aus seiner Sicht müsse kein riesiger Gastronomiebetrieb im Strecktal entstehen. Viel mehr würde eine Art Kiosk ausreichen. Darüber hinaus schlägt er vor, ähnliches könne auch am Eisweiher entstehen.

Beigeordneter <u>Clauer</u> erklärt, der Ludwig wäre eine Art Kiosk. Außerdem sei die Stadt bereit das Ludwig-Mobil zu verpachten. Durch das Ludwig-Mobil entstehe der Stadt aktuell jährlich ein Minus in Höhe von 10.000,- Euro.

Ratsmitglied <u>Eschrich</u> ergänzt, der Strecktalpark sei ein touristisches Aushängeschild der Stadt. Deshalb müsse die Stadt es schaffen, ein Gastronomieangebot im Strecktal zu schaffen. Der Ludwig sei nur eine Notlösung. Trotz allem müsse jedoch der Naherholungscharakter des Strecktals gewahrt bleiben. Dies stelle aus seiner Sicht keine unlösbare Aufgabe dar.

Ratsmitglied <u>Eyrisch</u> erläutert, mit dem Ludwig könne ebenfalls eine Bestuhlung auf einer Freifläche stattfinden, ohne dass hohe Erschließungskosten aufgebracht werden müssten. Sobald eine feste Gastronomie geplant werde, wäre dies mit entsprechend hohen Erschließungskosten verbunden.

Ratsmitglied <u>Hussong</u> bringt vor, die Stadt sei auf einem guten Weg touristisch attraktiver zu werden. Insbesondere die Frequenz an Besuchern im Strecktalpark rechtfertige eine Gastronomie. Deshalb bestehe dort Handlungsbedarf. Diesbezüglich sollten auch Gespräche mit der Geschäftsführung der Rheinberger GmbH geführt werden.

Ratsmitglied <u>Dreifus</u> resümiert, der Stadtrat sei sich im Konsens grundsätzlich einig. Man solle jedoch klein anfangen und den Ludwig wieder beleben. Danach könne geschaut werden, wie frequentiert er ist und anschließend überlegt werden, ob die Erweiterung des Angebots Sinn mache. Parallel hierzu könne mit verschiedenen Trägern Gespräche aufgenommen werden, ob Interesse für die Einrichtung eines Integrationsbetriebs besteht.

Beigeordneter <u>Clauer</u> schlägt vor, nicht bereits jetzt abschließend über den SPD-Antrag abzustimmen. In einer der nächsten Stadtratssitzung solle ein Sachstand über die Gastronomie im Alten Rathaus sowie im Rheinbergergebäude gegeben werden. Außerdem solle mit verschiedenen Trägern Kontakt aufgenommen werden bezüglich eines möglichen Integrationsbetriebs. Im Hauptausschuss könne dann noch einmal mit mehr Hintergrundinformationen über den Antrag gesprochen werden.

Sodann beschließt der Stadtrat <u>einstimmig</u>, den Antrag in den Hauptausschuss zu verweisen.

zu 13.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 16.08.2019 bzgl. "Änderung der Geschäftsordnung"

Ratsmitglied <u>Schwarz</u> stellt den Antrag gemäß dem Antragstext vor. Ergänzend sollte auch eine Regelung bzgl. eines möglichen Losentscheids bei Wahlen aufgenommen werden.

Ratsmitglied <u>Weber</u> erklärt, Änderungsvorschläge bezüglich des Datenschutzes seien mit der Ratsarbeit in der Praxis nicht vereinbar.

Der <u>Vorsitzende</u> erklärt, die Beschlussfassung über die Geschäftsordnung sei für die Sitzung des Stadtrates im November vorgesehen.

Die Vorschläge aus dem Antrag der SPD-Stadtratsfraktion werden in die Vorbereitung mit aufgenommen und geprüft.

Dieser Vorgehensweise stimmt der Stadtrat einstimmig zu.

zu 14 Spendenannahme gem. § 94 Abs. 3 GemO Vorlage: 0801/I/10.1/2019

Der <u>Vorsitzende</u> verweist auf die allen Hauptausschussmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 25.07.2019.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Annahme der folgenden Spenden:

Spender	Zweck	Betrag
Sparkasse Südwestpfalz, Pirmasens	Spende für Unterstützung der Landgrafentage 2019	1.500,00€

zu 15 Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

zu 15.1 Beantwortung von Anfragen

zu 15.1.1 Anfrage Ratsmitglied Wölfling vom 20.08.2018 bzgl. Glocke Aussegnungshalle Waldfriedhof

Der <u>Vorsitzende</u> teilt mit, nach einer Prüfung der Statik und Ausschreibung sei die Sanierung im Sommer 2019 vergeben worden. Das Gerüst sei nun aufgestellt worden und die Arbeiten können in Kürze beginnen.

zu 15.1.2 Anfrage Ratsmitglied Wölfling vom 11.02.2019 bzgl. Sperrung Realschultreppe

Der <u>Vorsitzende</u> teilt mit, die derzeitigen Baumaßnahmen ließen eine vorübergehende Aufhebung der Sperrung zu, somit sei dem dringlichen Wunsch den Weg mit Treppe wieder zu öffnen entsprochen worden.

Im weiteren Baufortschritt werde der Fröbelgassenweg und die Treppe als Arbeitsraum genutzt und die Aufstellung von Gerüsten werde notwendig sein. Damit sei die Verkehrssicherheit für Fußgänger nicht mehr gewährleistet und der Fröbelgassenweg mit Treppenanlage muss erneut gesperrt werden.

Die Sperrung werde voraussichtlich Anfang Oktober wieder erforderlich sein. Einen genauen Termin sei vom Baufortschritt abhängig. Bis dahin sei der Fröbelgassenweg sowie die Treppe uneingeschränkt nutzbar.

Für die Sperrung sei der WSP über die notwendige Beschilderung in der Fußgängerzone informiert worden. Zusätzlich werde ein Hinweisschild am entsprechenden Ort (Eingang Fröbelgasse) sowie ein Hinweisschild, "Glaubenszentrum frei" aufgestellt.

zu 15.2 Informationen

zu 15.2.1 Potenzialanalyse Gewerbeflächenentwicklung

Der <u>Vorsitzende</u> informiert, es gebe eine gemeinsame Überlegung der Kreisverwaltung Südwestpfalz, der Stadt Zweibrücken sowie der Stadt Pirmasens zum Potenzial der Gewerbeflächen. Man habe sich bezüglich einer Förderung an das Land gewandt und dort erfahren, dass das Land ein eigenes Programm auflege und der Verstoß von Pirmasens, dem Landkreis und Zweibrücken mit der Höchstförderquote von 75% rechnen könne

Der Vorsitzende sichert weitere Berichte zu.

zu 15.2.2 Projetvorstellung der TU Kaiserslautern

Der <u>Vorsitzende</u> informiert, die TU Kaiserslautern habe sich in einem Studienprojekt mit der Altstadt Pirmasens befasst. Die 5 Gruppen von je 4-5 Studenten stellen am27.08.2019 ihre Zukunftsideen ab 18.00 Uhr in der Matzenbergschule vor. Die Fraktionsvorsitzenden seien bereits per E-Mail eingeladen worden.

zu 15.3 Anfragen der Ratsmitglieder

zu 15.3.1 Baumbestand

Ratsmitglied Weber stellt die Anfrage (siehe Anlage 21 zur Niederschrift) vor.

Der Vorsitzende berichtet, zu diesem Thema habe es einen Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 07.04.2019 bezüglich "Obstbaum Kataster" gegeben.

Bürgermeister <u>Maas</u> teilt mit, im städtischen Baumkataster seien folgende Bäume erfasst: Bäume, die sich auf städtischen Geländen der Stadt Pirmasens befinden und aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht kontrolliert werden müssen, zum Beispiel Bäume an Straßen, Wegen, Plätzen, Wohnanlagen, Spiel- und Sportanlagen, in Grün-, Freizeit- und Erholungseinrichtungen, auf Friedhöfen, an Kindergärten, an Kindertagesstätten und Schulen.

Es seien folgende Merkmale der Bäume im Kataster hinterlegt: Baumnummer, botanischer Name, deutscher Name, Straßenname/Baumstandort, Pflanzjahr, Baumalter, Stammdurchmesser, Sicherheitserwartung des Verkehrs, Zustand des Baumes, Entwicklungsphase, Kontrollintervall, Kontrolldatum usw.

Innerhalb der letzten zehn Jahre seien auch noch weitere Flächen mit zu kontrollierenden Bäumen (z.B. die neun Vorortfriedhöfe, sowie diverse städtische Bereiche mit Baumbestand) hinzu gekommen, die vorher nicht im Baumkataster erfasst waren. Mit der Aufnahme dieser Bereiche erhöhe sich ebenfalls der Baumbestand. Es sei weiterhin mit einer stetigen Erhöhung des Bestandes zu rechnen, da weitere Flächen mit Bäumen erschlossen werden, diese seien momentan nicht erfasst.

Bäume, die sich auf privaten Gelände befinden, seien nicht im städtischen Baumkataster erfasst. Ausnahme seien die geschützten Landschaftsbestandteile und die Naturdenkmäler, die laut Rechtsverordnung über geschützte Landschaftsbestandteile bzw. Naturdenkmäler der Stadt Pirmasens als solche ausgewiesen sind.

Neu bzw. Ersatzpflanzungen

2009 ca. 120 Stk. – davon ca. 80 Neupflanzungen: Neuanlagen in diesem Jahr z.B.: Robert Schelp Platz, Marie Curie Straße Campus Park

2010 ca. 100 Stück – davon ca. 60 Neupflanzungen: Neuanlagen in diesem Jahr z.B.: Margarethenstraße/Platz, Maler Bürkel Platz, Zeppelinstraße Grünfläche zur Landauer Straße 2011 ca. 186 Stück – davon ca. 78 Neupflanzungen: Neuanlagen in diesem Jahr z.B.: Bottenbacher Straße teilweise, Rodalber Straße, Schwanenstraße, Glockenstraße, Gerichten Straße, Forst Straße

2012 ca. 79 Stück – davon ca. 40 Neupflanzungen: Neuanlagen in diesem Jahr z.B.: Saarstraße Haus des Kindes

2013 ca. 169 Stück – davon ca. 92 Neupflanzungen: Neuanlagen in diesem Jahr z.B.: Alte Winzler Straße Streuobstwiese, Drei Eichen Streuobstwiese Erlenbrunn, Torweg Streuobstwiese Erlenbrunn

2014 ca. 65 Stück – davon ca. 20 Neupflanzungen

2015 ca. 133 Stück – davon ca. 57 Neupflanzungen: Neuanlagen in diesem Jahr z.B.: Poststraße Joseph Krekeler Platz

2016 ca. 90 Stück – davon ca. 32 Neupflanzungen: Neuanlagen in diesem Jahr z.B.: Lindenstraße

2017 ca. 142 Stück – davon ca. 60 Neupflanzungen: Neuanlagen in diesem Jahr z.B.: Teichstraße Rheinberger Passage, Turnstraße Streuobstwiese Nord

2018 ca. 159 Stück – davon ca. 52 Neupflanzungen: Neuanlagen in diesem Jahr z.B.: Teilweise Winzler Straße, Patio Platz, Kettrichhofer Straße

Bürgermeister <u>Maas</u> stellt die Übersicht der Standorte städtischer Streuobstbäume für ein Obstkataster anhand einer Beamerpräsentation vor (siehe Anlage 22 zur Niederschrift).

Ratsmitglied Weber fragt an, ob es einen Link zum Kataster gebe.

Bürgermeister Maas teilt mit, dies sei eine Caigos Datenbank und nicht einsehbar.

Herr <u>Jankwitz</u> bestätigt, diese Datenbank sei nicht freigegeben.

zu 15.3.2 Defibrillatoren

Ratsmitglied Weber stellt die Anfrage (siehe Anlage 23 zur Niederschrift) vor.

Der <u>Vorsitzende</u> berichtet, momentan stehe ausschließlich an der Realschule plus Kirchberg ein Defibrillator zu Verfügung.

Unterweisungen/Schulungen für mögliche Nutzer seien nach Rücksprache mit der Realschule plus Kirchberg bislang nicht erfolgt.

Die Schulleitung des Leibniz-Gymnasiums plane die Anschaffung eines Defibrillators für diese Schule.

Der Defibrillator für das Leibniz-Gymnasium solle noch vor den Herbstferien angeschafft werden. Die Anschaffung solle über den Förderverein der Schule erfolgen.

Eine gesetzliche Verpflichtung zur Ausstattung von Schulen mit Defibrillatoren bestehe derzeit nicht. Unabhängig davon haben die Schulen jederzeit die Möglichkeit beim Schulverwal-

tungssamt die Anschaffung von Defibrillatoren über das Schulverwaltungsamt zu beantragen.

Eine Stelle, die die Standorte sämtlicher Defibrillatoren im Stadtgebiet führt, existiert bei der Stadtverwaltung nicht, da eine Meldepflicht hierfür nicht besteht. Allerdings werde eine Vielzahl von Standorten in Plattformen wie zum Beispiel mydefibri.de aufgeführt. Die Stadt Pirmasens nimmt mit ihren Defibrillatoren daran teil. Die Ersthelfer in den jeweiligen städtischen Gebäuden werden regelmäßig geschult, auch hinsichtlich der Bedienung der Defibrillatoren.

Der Stadtverwaltung Pirmasens sei die Firma asfm und deren Konzept, sowie eine Kontaktaufnahme nicht bekannt.

Für eine Vorstellung des Konzeptes der Firma asfm sei die Stadtverwaltung Pirmasens offen

Dieses Thema werde in der nächsten Sitzung des Arbeitssicherheitsausschusses besprochen. Danach werde Herr Minakaran erneut berichten.

zu 15.3.3 Fahrradwege

Ratsmitglied Weber stellt die Anfrage (siehe Anlage 24 zur Niederschrift) vor.

Bürgermeister <u>Maas</u> stellt die Entwurfsfassung des Verkehrsentwicklungsplanes 2030 anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 25 zur Niederschrift) vor.

Ein Handlungsbedarf bestehe und die Vororte seien ebenfalls in die Erstellung eines Radverkehrskonzepts eingebunden.

zu 15.3.4 Vergabe städtischer Baugrundstücke

Ratsmitglied Weber stellt die Anfrage (siehe Anlage 26 zur Niederschrift) vor.

Ratsmitglied <u>Hussong</u> fragt an, ob alle Anfragen schriftlich beantwortet werden können

Der Vorsitzende sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 15.3.5 Thüga Einkünfte

Ratsmitglied Weber stellt die Anfrage (siehe Anlage 27 zur Niederschrift) vor.

Der Vorsitzende teilt mit, die Beantwortung der Anfrage werde schriftlich erfolgen.

zu 15.3.6 Förderung von privaten Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen

Ratsmitglied <u>Deny</u> teilt mit, die Anfrage betreffe die Förderung von privaten Modernisierungsund Instandsetzungsmaßnahmen im Winzler Viertel

Seit September 2018 bestehe die Möglichkeit, im Rahmen dieses Programms, Förderung von 30 bis max. 40% der berücksichtigungsfähigen Gesamtkosten bei Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen im Fördergebiet zu erhalten.

Voraussetzungen für diese Förderung sei eine mit der Stadt Pirmasens zu schließende Modernisierungsvereinbarung. Da nun fast ein Jahr vorbei sei und die Maßnahme voraussichtlich im Jahr 2020 ausläuft, stellen sich folgende Fragen:

- 1. Wie viele Modernisierungsvereinbarungen seien bisher mit der Stadt Pirmasens abgeschlossen worden
- 2. Für welche Maßnahmen seien Vereinbarungen getroffen worden?
- 3. Welche baulichen Maßnahmen seien bisher begonnen bzw. abgeschlossen worden?
- 4. Welche Maßnahmen unternehme die Stadt Pirmasens und die Attraktivität der Winzler Straße, im Bereich zwischen Leinenweber Straße und Blocksbergstraße zu verbessern?

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu

zu 15.3.7 Kaugummi-Wände

Ratsmitglied <u>Faroß-Göller</u> berichtete, mehreren Städte, wie zum Beispiel Kaiserslautern, haben sogenannte Kaugummiwände installiert um die Verschmutzung der Fußgängerzonen zu verhindern. Passende Orte seien zum Beispiel Bushaltestellen oder am Exerzierplatz.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 15.3.8 Schulabgänger Studie

Ratsmitglied <u>Faroß-Göller</u> teilt mit, eine Studie habe gezeigt, dass die Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss gestiegen sei. Sie fragt an, ob eine Förderung durch das Land erfolgen könne.

Der <u>Vorsitzende</u> erklärt, in Pirmasens seien zwei Schulen betroffen. Diese werden an einem Förderprogramm teilnehmen.

zu 15.3.9 Wasserbeutel an Bäumen

Ratsmitglied <u>Schwarz</u> fragt an, wie viele Straßenbäume seien in Pirmasens in diesem Sommer infolge des Wassermangels eingegangen. Sei geplant, die abgestorbenen Bäume zu ersetzen und wie hoch seien die Kosten für den Ersatz veranschlagt. Des Weiteren fragt er an, ob es geplant sei, Wassersäcke für die Straßenbäume anzuschaffen.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung Uhr.	um 19.45
Pirmasens, den 18. Dezember 2019	
gez. Markus Zwick Vorsitzender	
gez. Anne Vieth Protokollführung	